Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6957**

14. Wahlperiode 25. 09. 2001

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jürgen Türk, Jürgen Koppelin, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP – Drucksache 14/6844 –

Situation der Energieforschung in Ostdeutschland

Die Elektroenergiebereitstellung in den neuen Bundesländern basiert zu weit über 50 % auf dem Brennstoff Braunkohle. Auch die Energieforschung in den neuen Bundesländern ist mit den Kraftwerkskapazitäten historisch gewachsen. Um

1. die Versorgungsaufgaben zu erfüllen,
2. die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit des noch vorhandenen ostdeutschen Kraftwerksbaues zu erhalten,
3. die anteilig sehr hohe Wertschöpfung in den neuen Bundesländern aus der Energiewirtschaft auch zukünftig zu sichern

müssen aus Forschung und Entwicklung rechtzeitig neue Lösungen angeboten werden.

Da es kaum noch Industrieunternehmen im Bereich des ostdeutschen Maschinenbaus gibt, die effektiv Forschungsarbeiten finanzieren, spielt die Forschungsförderung des Bundes eine große Rolle.

1. Warum wurde die Finanzierung der beiden Leitprojekte der Braunkohleforschung, die Druckwirbelschichtfeuerung (2. Generation) und die Dampfwirbelschicht-Drucktrocknung, durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) gestrichen (beides Zuwendung aus dem Bundeshaushalt, BMWi, Einzelplan 09, Kapitel 09 02, Titel 892 21)?

Bei den in der Frage angesprochenen Projekten geht es um unterschiedliche Sachverhalte. Für das seit dem 1. Juli 1998 an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus laufende Projekt „Druckwirbelschichtfeuerung der 2. Generation“ wurde eine Weiterführung in einer zweiten Phase ab 1. Januar 2002 beantragt. Die Weiterförderung dieses Projektes war vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie auf der Basis der bisherigen Finanzplanung vorgesehen. Unter den neuen Vorgaben der Haushaltsplanung 2002 wird zurzeit geprüft, wie durch Umschichtungen Forschungsgelder zur Verfügung

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 18. September 2001 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

gestellt werden können, um einen technologischen Fadenriss und Kürzungen beim FuE-Personal zu vermeiden. Bei dem neu beantragten Projekt der „Dampfwirbelschicht-Drucktrocknung“ musste eine Aufnahme in die Förderung vorerst zurückgestellt werden.

Von einer Streichung der Finanzierung der Projekte kann also nicht gesprochen werden.

2. Ist die Bundesregierung der Annahme, dass sich die Industrie aus den alten Bundesländern im Osten engagiert, wenn sich der Bund an der Forschungsförderung nicht mehr beteiligt?

Es ist nicht richtig, dass sich der Bund an der Förderung der Energieforschung in den neuen Bundesländern nicht mehr beteiligt. Die Auswahl der geförderten Projekte erfolgt – unabhängig von der regionalen Herkunft des Antragstellers – allein nach fachlichen Gesichtspunkten, von denen die Übereinstimmung des Antrags mit den Zielen der Energiepolitik, den Schwerpunkten des Energieforschungsprogramms, der Grad der Innovation des Vorhabens und dessen wissenschaftliche und/oder wirtschaftliche Erfolgsaussichten die wichtigsten sind. Darüber hinaus fordern die Beihilferegeln der Europäischen Union eine maßgebliche finanzielle Beteiligung von Unternehmen bei anwendungsnaher Forschung und Entwicklung.

Da die unterstellte gezielte Rückführung der Forschungsförderung in den neuen Bundesländern gegenstandslos ist, stellt die Bundesregierung auch keine Mutmaßungen über Industriebeteiligungen an Forschungsaktivitäten an.

3. Warum wird bei finanziellen Problemen des Bundes ausgerechnet der bereits stark abgebaute Bereich Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern „heruntergefahren“?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird Bezug genommen.

4. Wie hat die Bundesregierung Einfluss genommen, dass auch zukünftig Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Rahmen des neuen Energieversorgungsunternehmens mit der neuen Führung von MIRANT/USA und Vattenfall/Schweden durchgeführt werden?

Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der Unternehmen VEAG und LAUBAG ist nicht Gegenstand der Verhandlungen der Bundesregierung mit den Neuerwerbern zur Übernahme von Verpflichtungen aus dem Privatisierungsvertrag.

5. Werden die bisher durch VEAG und LAUBAG bereitgestellten Forschungsgelder für Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern unter der neuen Unternehmensführung weiterhin auf gleichem Niveau bereitgestellt?

VEAG und LAUBAG haben bis 2004 Forschungsaufträge mit Hochschuleinrichtungen in den neuen Bundesländern vereinbart; die Zusagen werden eingehalten.

6. Welchen Einfluss hat die Bundesregierung bei der Aushandlung der Verträge mit den neuen Eignern Vattenfall/HEW und MIRANT/BEWAG, um hoch qualifizierte Arbeitsplätze in Forschung und Technik in den neuen

Bundesländern zu halten (Sitz der neuen Hauptverwaltung im Braunkohlerevier der Lausitz)?

Entscheidungen zu Unternehmensstruktur, Standortfragen und Investitionen sind ausschließlich Unternehmensangelegenheit.

7. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, um die Energieforschung in den neuen Ländern mit staatlicher Hilfe zu unterstützen?

Bei der Auswahl der Projekte haben bei gleicher Qualifikation Anträge aus den neuen Bundesländern grundsätzlich einen Vorrang.

8. Welche finanziellen Mittel stellt die Bundesregierung im Zeitraum 2001, 2002 und 2003 für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben im Steinkohlebereich zur Verfügung?

Für Forschung und Entwicklung im Steinkohlebereich – nämlich für Prospektion, Förderung und Aufbereitung – werden seit Anfang der 90er Jahre keine öffentlichen Fördermittel mehr eingesetzt.

In der Forschung zum Kraftwerkseinsatz von Kohle werden Vorhaben gefördert, deren Ergebnisse sowohl bei Stein- wie bei Braunkohlekraftwerken genutzt werden können:

z. B. Druckkohlenstaubfeuerung/Druckverbrennung, Entwicklung und Erprobung neuer Materialien, Kraftwerkskomponenten und Messtechniken.

Insgesamt sind im Jahr 2001 28,5 Mio. DM für Vorhaben zur konventionellen Kraftwerkstechnik vorgesehen. Der gegenwärtig in der parlamentarischen Beratung befindliche Entwurf für das Haushaltsjahr 2002 sieht einen Mitteleinsatz von rund 18 Mio. DM vor. Für 2003 gibt es über die Mittelbindung durch die mehrjährig laufenden Projekte hinaus noch keine Haushaltsplanung für Einzelbereiche der Energieforschung.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333